

# Pestizidpolitik – wie kommen wir weiter?

## Drei Fragen an den Grünen-Politiker Harald Ebner

**Pestizidhersteller feiern Rekordumsätze. Trotz staatlicher Vorgaben, den Pestizideinsatz zu reduzieren wie bspw. durch den „Nationalen Aktionsplan zur nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln“ (NAP), landet immer mehr Gift auf unseren Äckern. Die negativen Auswirkungen auf Umwelt, Gesundheit und Biodiversität sind seit Jahren bekannt. 30 Jahre nach dem ersten Sondergutachten des Sachverständigenrates für Umweltfragen zu Umweltproblemen der Landwirtschaft kritisiert das Umweltbundesamt, dass der Anteil der landwirtschaftlichen Belastungen an den Gesamtbelastungen zugenommen habe. Die Politik ist dringend gefordert. Wir sprachen mit Harald Ebner, Sprecher für Gentechnik und Pestizidexperte der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen.**

**Herr Ebner, warum haben wir immer noch ein Pestizid-Problem?**

Die Pestizidpolitik läuft in eine falsche Richtung. Den Preis dafür zahlt die Umwelt und konkret die Landwirte, die keine Pestizide einsetzen. Und indirekt wir alle, da Pestizide vor allem auch Wasser, Boden und die biologische Vielfalt enorm belasten. Ökolandwirte sind dabei mehrfach geschädigt: Pestizide zerstören zum einen die natürliche Nützlingsbalance, auf die die ökologische Landwirtschaft angewiesen ist. Darüber hinaus haben Ökolandbau und Öko-Verarbeiter gleich ein doppeltes Risiko zu tragen: Denn je mehr Pestizide ausgebracht werden, desto größer ist das Risiko von Abdrift oder späterer Kontamination und desto mehr Geld müssen die Betroffenen, und nicht die Verursacher, aufwenden für vorsorgende Maßnahmen und Analytik, um die Rückstandsfreiheit der eigenen Produkte zu belegen. Das ist vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion um eigene Rückstandsgrenzwerte in der Öko-Verordnung besonders fatal.

**Glyphosat ist ja momentan stark in der Diskussion ...**

Glyphosat ist ein gutes Beispiel dafür, warum wir über Pestizide streiten müssen. Es ist ein Allround-Pflanzenvernichter, entwickelt und eingesetzt, um kosten- und aufwandsarm im Wortsinn „das Feld zu räumen“. Hier geht es nicht mehr um den gezielten Einsatz eines bestimmten Wirkstoffs im Sinn des integrierten Pflanzenschutzes, sondern um den Ersatz vielfältiger Anbaumaßnahmen durch den breiten Einsatz eines Gifts. Mit Pflanzen-„Schutz“ hat Glyphosat definitiv nichts zu tun! Die Folge ist, dass inzwischen fast überall Glyphosat-Rückstände gefunden werden: im Wasser, im Urin, oder – gerade erst wieder – in Backwaren. Warum sollte eine Gesellschaft in Kauf nehmen, permanent einem Pestizid ausgesetzt zu werden, das als „wahrscheinlich krebserregend“ eingestuft ist?

**Das zeigt, dass dringend eine politische Lösung her muss. Wie kann die Ihrer Ansicht nach aussehen?**

Nimmt man das Vorsorgeprinzip ernst, dem die europäische Verbraucherpolitik verpflichtet ist, darf es keine Wiederzulassung von Glyphosat auf Basis des lücken- und fehlerhaften BfR-Berichtes geben. Aber Glyphosat ist nur ein aktuelles Beispiel für die Mängel im Gesamtsystem, wie Zulassung auf Basis von Industriestudien, fehlende Daten zur Exposition von Anwendern, Anwohnern und Gesamtbevölkerung und fehlende Forschung an Alternativen.

Wir brauchen eine klare und effiziente Pestizidreduktionsstrategie statt vagen Versprechungen im NAP. Wir fordern deshalb einen Baukasten von Maßnahmen wie zum Beispiel strengere Zulassungs- und Anwendungsbestimmungen für Pestizide, die sich stärker an den Umweltauswirkungen und am



Harald Ebner, Sprecher für Gentechnik- und Bioökonomiepolitik (Bündnis 90/Die Grünen), seit 2011 im Bundestag

Vorsorgeprinzip orientieren. Ein Humanbiomonitoring, um Daten zur menschlichen und Umweltbelastung zu erheben. Und im Bundeshaushalt auch finanzielle Mittel für Forschung und Erprobung von nicht-chemischen Pflanzenschutzmaßnahmen.

Was die Bundesregierung momentan unternimmt, ist den Aufgaben nicht angemessen – und verglichen mit den Geldern, die in andere Forschungsgebiete fließen, lächerlich wenig. Geschweige denn, dass sie wirkliche Lenkungsmaßnahmen zur Pestizidreduktion ergreift. Für uns ist klar, dass die Reduktion erfolgen muss – gerne diskutieren wir mit allen Beteiligten, wie ein Mix aus ordnungsrechtlichen Maßnahmen, Anreizen für den Verzicht auf Pestizide, bspw. durch Ausgleichszahlungen, und einer Pestizidabgabe – als finanzieller Anreiz und zur Finanzierung der Schadensbeseitigung – aussehen kann.